

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 2014	207
2	Einführung Tempo 30 in den restlichen Quartieren; Abrechnung Objektkredit	207
3	Postulat Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht!; Zwischenbericht	208
4	Motion forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen	208
5	Motion forum-Fraktion betr. bedarfsgerechte Ferienbetreuung für Schulkinder	211
6	Motion forum-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl	214
7	Motion SP-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl: JA zum Schwimmunterricht!	216
8	Interpellation FDP/JF-Fraktion zum Betrieb eines Lehrschwimmbeckens	217
9	Postulat Wegmüller (SP) betr. Verkauf Kabelnetz Muri	218
10	Interpellation FDP/JF-Fraktion zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Mettlenquartier	221
11	Informationen des Gemeinderats	221
12	Neue parlamentarische Vorstösse	222

Der Vorsitzende eröffnet die 359. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die zahlreich erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Speziell begrüsse er heute Abend von den Gemeindebetrieben die Herren Matthias Prüssing, VR-Präsident, und André Schneider, Geschäftsführer. Sie würden sich später zum Traktandum 9, Postulat Wegmüller (SP) betr. Verkauf Kabelnetz Muri, äussern.

Für den entschuldigten Marcel Kämpf sei ein ausserordentlicher Stimmzähler zu wählen und die forum-Fraktion schlage Beat Marti vor. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende führt aus, bevor der Rat in die ordentlichen Traktanden einsteige, wolle er etwas Persönliches einbringen. Er habe sich lange gefragt, wie er es als EVP-Vertreter schaffen könnte, sein Präsidialjahr irgendwie zu prägen. Der EVP werde ja stets ein grosser missionarischer Eifer nachgesagt. Er habe dies bis jetzt nicht gross bewiesen, gedenke aber, dem ein wenig entgegenzuwirken. Er habe deshalb beschlossen, vor jeder Sitzung dieses Jahres einen Bibelvers vorzustellen. Bevor sich die Ratsmitglieder ereifern und denken würden, der Ratspräsident möge sich doch bitte an die "political correctness" halten und weltanschaulich neutral bleiben, sage er dazu, dass es sich um Gedanken jüdischen Ursprungs handle, die in der

Bibel irgendwo gefunden worden seien, heute aber zum Allgemeingut gehören würden und zu Redewendungen geworden seien. Er begrüsse heute ganz besonders mit dem Sprichwort: "Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" (Prediger, Kapitel 10, Vers 8).

1 Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 2014

Beat Wegmüller (SP) beantragt die Protokollierung des konkreten Wortlauts des Zusatzantrags der SP-Fraktion (Seite 191) wie folgt:

Abstimmung über den Zusatzantrag der SP-Fraktion

Im Zusammenhang mit der Sanierung des Wehrliparkplatzes ist bei der Ein- und Ausfahrt des Parkplatzes eine Barriere einzurichten. An geeigneter Stelle ist eine Anzeigevorrichtung über die Parkplatzkapazität zu montieren. Die Gebührenhöhe und Gebührenerhebung ist zu überprüfen. (Anmerkung: Der Zusatzantrag wurde grossmehrheitlich abgelehnt.)

Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der obgenannten Ergänzung genehmigt.

2 Einführung Tempo 30 in den restlichen Quartieren; Abrechnung Objektkredit

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher: "Wer nicht 30 fährt ist zu schnell unterwegs und könnte gebüsst werden". Dies beziehe sich auf die 30er Zonen. Alle wüssten, dass diese 30er Zonen zur Beruhigung des Verkehrs in den Quartieren eingeführt worden seien. Es habe sich erwiesen, dass diese Massnahme richtig sei, obschon andere Gemeinden, die sich mit der Thematik heute auseinandersetzen würden, eher dazu neigten, sie nicht einzuführen. In Muri sei man froh und glücklich, dass man dies geschafft und gemacht habe. Man habe aber auch gemerkt, dass 30 km/h an gewissen Orten trotzdem noch zu schnell seien. Man dürfe aber auch – diese Tatsache habe sich mehrfach bestätigt – davon ausgehen, dass sich die jeweiligen Verkehrsteilnehmer an die Geschwindigkeiten halten würden. Primär seien es nämlich die Direktbetroffenen – die Quartierbewohner –, die auf den Quartierstrassen unterwegs seien. Im Rahmen der GPK sei die Frage bezüglich Geschwindigkeitskontrollen diskutiert worden. Diese Kontrollen seien Sache der Kantonspolizei und würden punktuell auch durchgeführt. Sie könnten aber nicht in dem Ausmass passieren, wie man sich dies wünsche, da die Kapo nicht über die entsprechenden personellen Ressourcen verfüge. Die Gemeinde stelle den sogenannten "Mini Speed" oder "Visi Speed" auf, welchem die gefahrene Geschwindigkeit entnommen werden könne. Vielfach hätten vor allem Schüler Freude daran, auf einer abwärts führenden Strasse möglichst schnell zu fahren und zu schauen, wie schnell sie unterwegs gewesen seien. Diese Fahrten würden logischerweise nicht zählen, sondern nur die Verkehrsteilnehmer mit einem entsprechenden Fahrzeug. Es sei wichtig, dass man immer wieder merke, dass derartige Überprüfungen vorgenommen würden. Es gehöre dazu, dass, wenn man "ja" gesagt habe zu Tempo 30 km/h in den Quartieren, dies auch regelmässig kontrolliert werde. Er beantrage dem Grossen Gemeinderat, dem Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Staub nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Einführung von Tempo 30 in den restlichen Quartieren wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit in der Höhe von CHF 296'000.00 mit CHF 264'205.05 ab (Kreditunterschreitung von CHF 31'794.95).

3 Postulat Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht!; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Virtudes Näf (SP) führt aus, sie danke dem Gemeinderat für die vorgelegten Informationen. Sie hoffe aber, dass der Gemeinderat nicht nur bei einer Zunahme der Nachtflüge reagiere, sondern sich grundsätzlich dagegen wehre, wenn keine Not-situation vorliege. Sie finde auch, der Gemeinderat zeige wenig Bereitschaft, die Be-völkerung gegen den Flugverkehr zu unterstützen. Die Folge sei, dass nun Unter-schriften gesammelt würden für eine Initiative, welche den Gemeinderat zwingen werde, sich für die Menschen in Muri-Gümligen einzusetzen. Soweit wäre es nicht gekommen, wenn der Gemeinderat die Interessen der Einwohner höher gestellt hätte, als jene des Flughafens.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Näf (SP): Stopp Fluglärm in der Nacht! wird Kenntnis genommen.

4 Motion forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Ebenfalls hätten die Ratsmitglieder die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Schulreglements erhalten, was heute Abend nicht Objekt der Diskussion sei und er bitte darum, die Sachen auseinanderzuhalten.

Stephan Lack führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er möchte vorab Wert darauf legen, dass heute Abend keine Schulmodell-Diskussion bzw. Spez.Sek.- oder Basis-stufen-Diskussion geführt werde. Es gehe heute Abend auch nicht um Einzelheiten des Schulreglements; dafür werde noch genügend Zeit zur Verfügung stehen, höchstwahrscheinlich werde das Reglement dem Rat erstmals im Juni vorgelegt. Es gehe hier darum, die vorliegende Motion als Motion oder wie vom Gemeinderat vor-geschlagen als Postulat oder gar nicht zu überweisen. Der Gemeinderat sei grund-sätzlich der Auffassung, dass man in den Schulfragen Schritt für Schritt vorwärts-gehen sollte. Man habe genügend Erfahrung in unserer Gemeinde, was geschehe, wenn man das Fuder überlade. Der Gemeinderat sehe daher grundsätzlich folgendes Vorgehen:

1. Notwendige Anpassung an die kantonalen Vorgaben bedingt durch REVOS 2012: Diese Anpassungen seien durch den Grossen Gemeinderat in der zweiten Hälfte 2013 genehmigt worden.

2. Neue Schulorganisation und Revision des Schulreglements: Dies befinde sich wie erwähnt in der Vernehmlassung und sollte im Juni in den Rat kommen.
3. Allfällige Anpassungen im Schulmodell sollten – falls vom Rat gewünscht – nach verabschiedeter Revision der Schulorganisation erfolgen, ansonsten sei aus Sicht des Gemeinderats das Fuder überladen.

Trotzdem gehe er kurz und ergänzend zu den Ausführungen des Gemeinderats auf die vom forum angesprochenen vier Punkte ein:

1. Ganztageschule
Hier renne das forum beim Gemeinderat und vor allem auch bei ihm selber offene Türen ein. Der Gemeinderat werde sehr gerne bereit sein, nach erfolgter Revision des Schulreglements eine Machbarkeitsstudie in Angriff zu nehmen. Er sei sich aber der Komplexität der Materie durchaus bewusst. Die Einführung einer Ganztageschule könne nicht von heute auf morgen erfolgen; es handle sich um eine Riesenübung, sie werde alle fordern und es müssten alle mitmachen. Sie werde auch mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht gratis zu haben sein, sondern etwas kosten. Tendenziell sei der Gemeinderat aber der Meinung, dass eine Ganztageschule dem Zeitgeist entspreche. Man sehe die Explosionen an unseren Tagesschulen; es sei an der Zeit, dass man etwas Flächendeckendes andenke. Weshalb sollte Muri nicht vorausgehen!
2. Basisstufe
Der Gemeinderat sehe in unserer Gemeinde mit einer Einführung der Basisstufe keine Vorteile, sondern eher Nachteile. Es wäre zusätzlicher Raum nötig und die Lehrerkosten würden ansteigen. Der Gemeinderat sei diesbezüglich gleicher Meinung wie die Schulkommission.
3. Spez.Sek.
Er gehe wie gesagt nicht davon aus, dass heute Abend die grosse Spez.Sek.-Diskussion geführt werde, er stelle sich dieser aber gerne. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass sich die Spez.Sek. bewährt habe, da sie den stärksten Schülern des Jahrgangs die Möglichkeit gebe, ohne Zusatzlektionen in zwei Jahren gezielt in die Quarta des Gymnasiums geführt zu werden. Bisher sei eine von fünf Klassen als Spez.Sek. geführt worden. In einer Gemeinde mit einer derart hohen Übertrittsquote ins Gymnasium sei eine Spez.Sek. sicher zum jetzigen Zeitpunkt nicht falsch. Was nachher seitens der ERZ noch alles komme, könne heute noch nicht gesagt werden, die Lage müsse dann neu beurteilt werden.
4. Einführung durchlässiger Schulmodelle
Hier sehe der Gemeinderat keinen dringenden Handlungsbedarf. Er werde sich aber auch diesbezüglich gerne der Diskussion stellen; aber auch hier lieber dann, wenn die Schulorganisation verabschiedet sei.

Gestützt auf die Unterlagen sowie seine ergänzenden mündlichen Ausführungen möchte er dem Rat nahelegen, dem Antrag des Gemeinderats auf Umwandlung in ein Postulat und Überweisung des Postulats zuzustimmen.

Martin Häusermann (forum) erklärt, leider habe sich der Sprecher des forums kurzfristig krank gemeldet, weshalb er hier einige Worte sagen werde. Wahrscheinlich sei es ein wenig eine gelbe Karte, die er letztmals dem Gemeinderat zeigen werde. Er danke Stephan Lack für seine gemachten Ausführungen; diese würden etwa das Vierfache der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderats ausmachen. Von der schriftlichen Antwort sei das forum eher enttäuscht gewesen, da es sich um eine sehr magere Stellungnahme handle. Die Grundsatzfragen seien schwammig oder gar nicht beantwortet worden und der Verweis auf die Vernehmlassungsunterlagen habe auch nicht wirklich weitergeholfen. Dies, obschon das forum mit der Motion bereits einen ganzen Strauss von Ansatzpunkten geliefert habe. Einzig das Thema der Ganztageschule sei akzeptabel beantwortet worden; dass es dort vertiefte Ab-

klärungen brauche, könne nachvollzogen werden. Trotzdem sei das forum mit der Umwandlung in ein Postulat und der Überweisung des Postulats einverstanden, dies ganz nach dem Motto: "Widerstand ist zwecklos". Mit der Motion habe das forum die Absicht verfolgt, bei der anstehenden Totalrevision des Schulreglements gleichzeitig auch die erwähnten Grundsatzfragen klären zu können. Es könne ja nicht sein, dass nach einer Totalrevision das Reglement rasch wieder angepasst werden müsse. Der Gemeinderat wolle sich aber aktuell nur auf die Schulorganisation fokussieren. Das forum werde deshalb in der laufenden Vernehmlassung zum Schulreglement umfassend Stellung nehmen und darin auch bezüglich seiner Motion einen konkreten Antrag stellen. Selbstverständlich werde dieser Antrag auch in der Beratung im Parlament vertreten, sollte er keinen Niederschlag im Reglement finden. Das Thema Schule sei in unserer Gemeinde ein sensibles Thema, dies sollte inzwischen hinlänglich bekannt sein. Das forum bedaure, dass die Vorgehensweise des Gemeinderats i.S. Schule nicht vertrauensbildender sei. Leider sei dies aktuell wieder beim Vorgehen i.S. Schulreglement zu sehen. Nach Meinung des forums fehle dem Gemeinderat das nötige Fingerspitzengefühl, wie mit unterschiedlichen Haltungen umzugehen sei. Der Gemeinderat scheue offenbar den Dialog. Er könne nicht versprechen, dass dies ab April besser werde, könne aber versichern, dass er versuchen werde, diesbezüglich Einfluss zu nehmen. Wie bereits erwähnt sei das forum mit der Umwandlung einverstanden und er bitte den Rat, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Ruth Raaflaub erklärt, die FDP/jf-Fraktion sei grundsätzlich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat und dessen Überweisung einverstanden. Sie äussere sich im Moment weder zur Basisstufe, noch zur Spez.Sek., noch zu durchlässigen Schulmodellen auf der Sek. 1-Stufe. Sie hoffe aber – und bitte deshalb den Gemeinderat schon jetzt –, dass er zu diesen Themen genügend Zeit für eine fundierte Diskussion und Lagebeurteilung mit allen Beteiligten einräume und sie nicht vor vollendete Tatsachen stelle. Zur Vernehmlassung Schulreform, die im Moment zu etlichen Diskussionen Anlass biete, äussere sich die Fraktion ebenfalls noch nicht. Sie nehme die Antwort des Gemeinderats auf die Motion zur Kenntnis, stelle aber fest – wie vorher von Martin Häusermann angetönt –, dass in den Ausführungen nur die Stellungnahme des Gemeinderats festgehalten sei. Es würden die von den Motionären verlangten Haltungen der Schulkommission, der Lehrkräfte und der Schulleitungen fehlen. Sie hoffe, dass diese Stellungnahmen mitgeteilt würden, wenn das Postulat beantwortet werde. Bei jeder Anpassung von Schulmodellen, Schulorganisationen oder Schulreglementen sei es sicher erstrebenswert, alle Beteiligten mit ins Boot zu holen und deren Meinungen zu respektieren und möglichst auch einzubeziehen. Die Schule, Schüler, Lehrpersonen, Eltern und Behörden seien insgesamt ein sensibles Gefüge; alle seien einmal zur Schule gegangen, jeder kenne die Schule aus eigener Erfahrung. Deshalb habe auch jeder hier im Saal eine ganz genaue Vorstellung davon, wie unsere Schule in Zukunft auszusehen habe. Die Wenigsten aber hätten schon mit Schülern gearbeitet, wüssten aus Erfahrung, welche Probleme tagtäglich von Lehrpersonen gelöst werden müssten, welche Flexibilität, welche Individualisierungsfähigkeit eine Lehrperson bei der Berufsausübung haben müsse. Sie wolle hier keinen Beruf gegen den Lehrerberuf ausspielen, sondern nur bemerken, dass Lehrer und Schulleiter tagtäglich eine immense Verantwortung in einem gerade in Muri sehr kritikbereiten Umfeld tragen würden. Reformen, Anpassungen und vor allem Verbesserungen seien sicher auch im Schulsystem wünschenswert und nötig. Aber bei allen Reformen und Veränderungen sollte das Klima in der Schule für alle Beteiligten stimmen, denn nur in einem guten Klima mit motivierten Lehrpersonen könne auch gefördert, ausgebildet, gelehrt und gelernt werden.

Lisa Müller führt aus, die SP-Fraktion befinde sich mitten im Vernehmlassungsprozess zur Totalrevision des Schulreglements und sei sich bewusst, dass dies heute nicht Thema für eine Stellungnahme sei. Die SP habe die vorliegende Motion des forums wertgeschätzt, und zwar, weil es sich um eine Chance gehandelt hätte, im

Vorfeld der Debatte über das Reglement über gewisse inhaltliche Stossrichtungen zu informieren, eine Auslegeordnung zu machen. Die Chance würde verpasst, wenn auf die Motion nicht eingetreten würde. Die Idee sei, das Reglement im August in Kraft zu setzen und es fehle eigentlich die Zeit, um die fachlichen Themen vertieft anzuschauen. Insofern gehe es der SP-Fraktion genau gleich, wie es vom Vorredner Martin Häusermann formuliert worden sei: Sie sei enttäuscht von der Knappheit der gemeinderätlichen Ausführungen zu den brisanten Themen. Vorweggenommen sei – auch wenn jetzt nicht der Zeitpunkt sei, um über die Basisstufe oder andere inhaltliche Themen zu diskutieren, es gehe überall um das gleiche Phänomen –, dass die Verabschiedung eines Organisationsreglements keine Lösung darstelle. Das Organisationsreglement sollte der Strategie folgen, und nicht umgekehrt. Man könne nicht ein Reglement über die Organisation erlassen und sich nachher darüber Gedanken machen, was man eigentlich tatsächlich wolle; dies sei einfach nicht logisch. Insofern unterstütze die SP-Fraktion die Überweisung des Vorstosses als Postulat, sei aber enttäuscht darüber, dass man sich den brennenden Schulthemen nicht vertiefter annehme, insbesondere auch angesichts der Konstellation, dass man wisse, dass Widerstände seitens der Lehrpersonen vorhanden seien.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Stephan Lack nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen wird überwiesen.

5 Motion forum-Fraktion betr. bedarfsgerechte Ferienbetreuung für Schulkinder

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Stephan Lack führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, das Geschäft sei ja schon einmal traktandiert gewesen und der Bericht habe noch etwas korrigiert werden müssen. Nun seien die Zahlen im vorliegenden Bericht korrekt. Es stehe ausser Frage, dass die Gemeinde Muri bei Bern in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie insgesamt sehr gute Rahmenbedingungen biete und auch in Zukunft bieten wolle. Der Tatbeweis sei diesbezüglich mit der sehr hochwertigen, gut funktionierenden, aber auch kostspieligen Infrastruktur im Bereich Tagesschulen erbracht und halte jedem Gemeindevergleich sehr gut Stand. Bei der bedarfsgerechten Ferienbetreuung werde tatsächlich von einer Lücke gesprochen, die sich für arbeitende Eltern während der Ferienzeit ergeben könne. Der Gemeinderat halte fest, dass die Gemeinde zurzeit eine Lösung – wenn vielleicht auch nicht in allen Belangen eine optimale – anbiete.

1. Die Gemeinde Muri bei Bern biete zurzeit mit "Childcare" bzw. "profawo" eine Lösung in den Räumlichkeiten der gemeindeeigenen Tagesschulen an, welche grundsätzlich funktioniere.
2. Die Kosten seien für die Gemeinde mit dieser Lösung transparent und ziemlich genau kalkulierbar.
3. Minderbemittelte könnten Antrag auf Subventionen stellen.
4. Das Angebot werde derzeit nur von sehr wenigen Kindern (in der Regel pro Modul rund 6 Kinder) genutzt. Ob das Angebot bei tieferen Preisen auch wirklich besser genutzt würde, bleibe trotz Umfrage eine ungeprüfte Annahme.

Der Gemeinderat sehe bei der Beurteilung der bedarfsgerechten Ferienbetreuung die folgenden 3 Kriterien: Es gehe um den Bedarf als solchen, um die Kosten und es

gehe darum, eine Beurteilung vorzunehmen, ob dies zur Eigenverantwortung gehöre oder ob es Gemeindeaufgabe sei, die Ferienbetreuung sicherzustellen.

1. Bedarf:

Der Bedarf schein momentan noch eher bescheiden zu sein. Laut Studie der Tagesschule könnte er allenfalls ansteigen, wenn die Kosten gesenkt und das Angebot eventuell attraktiver würden. Dies sei aber nicht geprüft worden, es handle sich um eine Annahme.

2. Kosten:

Gemäss Kostenberechnungen in der Umfrage der Tagesschulleitung würde sich der Verlust in Grenzen halten und bei einer günstigen Kinderzahl wäre sogar eine kostenneutrale Betreuung möglich. Bei aller Euphorie müsse hier noch die Frage gestellt werden, inwiefern es sich um eine Vollkostenrechnung handle, da insbesondere auch die Ressourcen der Tagesschulleitung interessant zu erfahren wären. Er möchte daran erinnern, dass die Tagesschulleitung in den letzten Jahren ressourcenmässig ständig am Limit oder sogar darüber gewesen sei.

3. Gemeindeaufgabe:

Die Frage, ob es sich um eine Gemeindeaufgabe handle, werde der Grosse Gemeinderat beantworten müssen. Ob eine Ferienbetreuung von Kindern Aufgabe des Staats sei oder ob sie zur Eigenverantwortung der Eltern gehöre? Vielleicht liege dies irgendwo in einer Grauzone, wenn günstige Rahmenbedingungen geschaffen würden. Diesen Fragen wolle der Gemeinderat im Rahmen der ASP (Angebots- und Strukturüberprüfung) nachgehen.

Grundsätzlich werde sich der Gemeinderat überlegen müssen, ob es Sinn mache, einen professionellen Apparat – also einen "Quasi-Ferienpass" – aufzublasen und Ressourcen zu binden oder ob es nicht sinnvoller wäre, auf der bisherigen Schiene weiterzufahren und vielleicht die Subventionsstruktur des unteren Mittelstandes, der Ärmern, etwas zu begünstigen oder ob man allenfalls besser mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten würde, statt dass jede Gemeinde ihren Extrazug fahre. Der Gemeinderat werde auch die Frage der bedarfsgerechten Ferienbetreuung im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP im Vorfeld der Budgetdiskussion 2014 nochmals eingehend prüfen. Er ersuche den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag stattzugeben und die Motion als Postulat zu überweisen.

Gabriele Siegenthaler erklärt namens der forum-Fraktion, sie gebe gerne zu, als das Papier zum ersten Mal zu ihr gelangt sei, sei sie skeptisch gewesen und habe sich gefragt, ob ein zusätzliches Angebot angesichts der Finanzknappheit der Gemeinde zum richtigen Zeitpunkt komme. Dann sei das Studium der sehr guten und informativen Unterlagen gekommen, die der Gemeinderat zur Verfügung gestellt habe und die ein paar interessante Fakten zutage bringen würden. Zum Beispiel könne man dort zusammenzählen, dass gut 200 Eltern gerne ein solches Betreuungsangebot hätten und dass ein Hauptargument sei, dass man vermeiden möchte, dass eine weitere Betreuungsperson – nach einer ganzen Anzahl von Akteuren – quasi mit dem Kind in Berührung komme. Sprich: Ein Ferienbetreuungsangebot im Rahmen der Tagesschule würde diesem Wunsch entsprechen. Weiter könne dem Bericht entnommen werden, dass über 100 Eltern eine Zahlungsbereitschaft von CHF 60.00 pro Tag oder mehr hätten und auch, dass das Personal der Tagesschule grundsätzlich daran interessiert wäre, bei einem solchen Ferienbetreuungsangebot mitzumachen und mitzuarbeiten. So viel zur Nachfrageseite. Zur Angebotsseite könne den in den Unterlagen enthaltenen Zahlen entnommen werden, dass ein solches Angebot nicht immer nur Kosten verursache – wie auch Stephan Lack ausgeführt habe –, sondern unter Umständen auch kostendeckend sein bzw. einen Gewinn abwerfen könne. Das forum habe bei der Tagesschulleitung nachgefragt und stelle in Ergänzung der im schriftlichen Bericht festgehaltenen Zahlen fest, dass das Angebot bei einer Teilnahme von 8-9 Kindern kostenneutral sei und wiederum ab 13 teilnehmenden

Kindern und aufwärts; dort gebe es dann keine Grenze mehr. Das forum sei der Meinung, es handle sich um interessante Zahlen. Das Fazit sei, dass es sich lohnen würde, ein solches Ferienbetreuungsangebot einzuführen. Es sei eine Nachfrage vorhanden und diese könne kostenneutral – zumindest mittelfristig – befriedigt werden. Konkret empfehle das forum dem Gemeinderat, einen 3-jährigen Pilotversuch mit einem Kostendach von CHF 50'000.00 pro Jahr ins Auge zu fassen. Weshalb ein 3-jähriger Pilotversuch? Die Erfahrungen mit der Tagesschule hätten gezeigt, dass es eine gewisse Zeit brauche, um ein neues Angebot zu positionieren und damit die konkrete Nachfrage wirklich erhoben werden könne. Dies wäre wahrscheinlich auch im Fall der Ferienbetreuung nicht anders. Die forum-Fraktion halte deshalb an ihrer Motion fest und sei mit der Überweisung als Postulat nicht einverstanden. Sie hoffe, dass die Argumente und das Fazit des forums die Ratsmitglieder überzeugen könnten. Es handle sich um eine Gelegenheit, die in der Gemeinde bereits vorhandene Infrastruktur und das Personal möglichst optimal zu nutzen. Das Angebot könne kostenneutral durchgeführt werden, werfe im besten Fall sogar einen Gewinn ab und sei deutlich kostengünstiger als das jetzige Angebot. Es entspreche der Meinung des Gemeinderats bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie und es bringe keine weitere Betreuungsperson ins Schema der Kinderbetreuung in der einzelnen Familie. Sie hoffe, dass die Ratsmitglieder diese Fakten und Argumente nachvollziehen könnten und sie eine allfällige Skepsis – wie sie selber anfänglich gehabt habe – habe ausräumen können. Sie freue sich auf die Unterstützung.

Der Vorsitzende hält fest, da die forum-Fraktion mit einer Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat nicht einverstanden sei, werde das Traktandum als Motion behandelt.

Markus Reimers führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe aus den vorliegenden Unterlagen und der beigelegten Elternbefragung der Tagesschule ebenfalls ein paar Zahlen herausgelesen. Das Angebot sei 2007 eingeführt worden, sei im ersten Jahr von 9 Kindern und in den letzten beiden Jahren jeweils durchschnittlich von 6 Kindern genutzt worden. Davon seien 3 Kinder bei einem Tagesansatz von CHF 100.00 subventioniert worden. 15 % oder 85 von insgesamt 577 Eltern, die an der Umfrage teilgenommen hätten, würden zu hohe Kosten als Grund dafür angeben, dass sie das Ferienangebot nicht genutzt hätten. Die FDP gehe davon aus, dass die Ferienbetreuung auch weiterhin nur von einem tiefen Prozentsatz der betroffenen Eltern genutzt werde. Es sei deshalb fraglich, ob es sich wirklich um einen Bedarf handle. Die FDP teile daher die Meinung des Gemeinderats, dass es folgerichtig sei, trotz motivierter Tagesschule aktuell kein eigenes Ferienbetreuungsangebot aufzubauen. Sie unterstütze deshalb den Antrag des Gemeinderats.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Stephan Lack erklärt, er möchte betonen und klarstellen, dass der Gemeinderat die Frage der Ferienbetreuung im Rahmen der ASP prüfen werde. Er habe nicht gesagt, er sei grundsätzlich dagegen. In seinen Ausführungen zu Beginn habe er die Beurteilung der Sachlage dargelegt.

Beschluss (14 Ja / 17 Nein / 7 Enthaltungen)

Die Überweisung der Motion forum-Fraktion betr. bedarfsgerechte Ferienbetreuung für Schulkinder wird abgelehnt.

6 Motion forum-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl

Der Vorsitzende orientiert, die Traktanden 6, 7 und 8 hätten die Zukunft des Lehrschwimmbeckens Melchenbühl zum Thema. Zur Information des Parlaments sei diesbezüglich das Dossier "Zukunft Lehrschwimmen" verschickt worden. Der Bericht sei durch die IC Infraconsult AG verfasst worden. Im Weiteren habe er 98 an ihn gerichtete Briefe von besorgten Eltern und Mitbürgern erhalten. Die Briefe würden die Sorge der Eltern zum Ausdruck bringen, dass das Lehrschwimmbecken Melchenbühl geschlossen werden könnte und sie möchten die Schliessung unbedingt verhindern. Er habe die Briefe entgegengenommen, über das Lehrschwimmbecken werde aber der Gemeinderat schlussendlich entscheiden, das Parlament behandle nur die Motionen. Er überreiche deshalb die 98 Briefe mit den insgesamt ca. 250 Unterschriften Thomas Hanke als Vertreter des Gemeinderats mit der Bitte, das Beste daraus zu machen, d.h. der Sorge der Eltern die notwendige Sorgfalt entgegenzubringen.

Der Vorsitzende erklärt weiter, die Stellungnahme des Gemeinderats zum vorliegenden Traktandum 6 liege schriftlich vor.

Stephan Lack führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er werde an dieser Stelle – das Einverständnis des Präsidenten vorausgesetzt – zu den Traktanden 6, 7 und 8 etwas sagen. Dem Gemeinderat sei bewusst, dass es sich vorliegend um ein sensibles Thema handle. Wie der Beilage zu entnehmen sei, habe der Gemeinderat entschieden, das Lehrschwimmbecken mit einer separaten Studie genauestens unter die Lupe zu nehmen. Aufgrund der Resultate der vorliegenden Studie sei der Gemeinderat damit einverstanden, dass der Entscheid um das Lehrschwimmbecken um ein Jahr sistiert werde. In der Annahme, dass die Studie von allen Anwesenden gelesen worden sei, wolle er dazu noch die folgenden Bemerkungen anbringen:

1. Der Gemeinderat bekenne sich nach wie vor zum Lehrschwimmen und dessen Ziel, dass alle Schulkinder ausreichend schwimmen und am Ende des vierten Schuljahres den neuen Wasser-Sicherheits-Check bestehen könnten. Der Gemeinderat stehe dazu, dass unsere Kinder schwimmen lernten.
2. Der Gemeinderat stelle aber fest, dass Muri im Vergleich mit anderen Gemeinden zurzeit äusserst gut dastehe. In Muri seien die Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse rund 76 Stunden im Wasser. In Bern seien es 14 Stunden, in anderen Gemeinden, in denen es ebenfalls Lehrschwimmbecken habe, sei die Zahl aber wieder viel höher.
3. Das Ganze müsse im Kontext von extrem schwierigen Gemeindefinanzen angeschaut werden. Das Lehrschwimmbecken koste pro Jahr unter dem Strich rund CHF 200'000.00. Man könne nun sagen: "Das ist es uns wert, unsere Kinder müssen schwimmen lernen".
4. Der Gemeinderat stelle aber anhand der Studie auch fest, dass das Becken von möglichen 98 Stunden insgesamt während 15 Stunden oder rund 15 % für den Schulunterricht benutzt werde. Dabei handle es sich nicht um einen Vorwurf an die Schulen, sondern lediglich um die Feststellung einer Tatsache.
5. Von Montag bis Samstag sei das Lehrschwimmbecken recht gut besetzt, am Sonntag laufe jeweils nicht viel. Nur erhalte die Gemeinde vielfach nichts oder nur wenig, so dass netto ein Negativresultat von rund CHF 200'000.00 resultiere.

Der Gemeinderat möchte die auf Seite 24 des Berichts aufgezeigten zwei Möglichkeiten weiterverfolgen. In beiden Fällen gehe es darum, mit andern Gemeinden zusammenzuarbeiten. Wenn eine gute Lösung gefunden werde und die Erträge optimiert werden könnten, biete der Gemeinderat sicher Hand dazu, das Lehrschwimmbecken zu behalten. Die Studie gebe Anlass, dort anzusetzen, wo eine Chance bestehe, das Lehrschwimmbecken etwas in die Balance zu bringen. Das Risiko, noch

ein Jahr mit den grösseren Renovationen zuzuwarten, könne eingegangen werden, ohne dass die Gefahr eines Dacheinsturzes bestehe. Der Gemeinderat werde sich anstrengen, eine gute Lösung herbeizuführen und die Ertragssituation rund um das Lehrschwimmbecken zu verbessern. Er bitte den Rat, den Anträgen des Gemeinderats wohlwollend zuzustimmen.

Martin Häusermann führt namens der forum-Fraktion aus, jetzt folge das Votum, für welches er vorgesehen gewesen sei und er freue sich ausserordentlich, dass er seine parlamentarische Tätigkeit mit einem lobenden Votum abschliessen könne. "Lieber Gemeinderat, vergessen ist die Zeit des Hauruck-Entscheids über die Schliessung des Lehrschwimmbeckens." Es sei erfreulich festzustellen, dass es auch anders gehe. Weiser, überlegter, ja sogar in Varianten werde gedacht. Das forum sei sehr glücklich. Er bedanke sich für den ausführlichen Bericht, für den Zwischenhalt und für die vertrauensfördernde Massnahme. Das forum sage einfach nur Danke und sei mit der Überweisung und Abschreibung einverstanden, dies im Wissen, dass der Schlussentscheid noch ausstehend sei.

Ruth Raaflaub erklärt, sie möchte sich vorab für die umfassende, sehr gute Studie von Infraconsult bedanken. Die FDP/jf-Fraktion sei ebenfalls sehr froh und glücklich darüber, dass das Lehrschwimmbecken Melchenbühl vorläufig mindestens bis zum 3. Juli 2015 gebraucht werden könne. Sie sei sich bewusst, dass eine Sanierung, aber auch der Unterhalt des Lehrschwimmbeckens hohe Kosten verursachen würden. Trotzdem werde sich die Fraktion mehrheitlich gegen eine definitive Schliessung, aber für mehr Einnahmen und eine benutzerspezifische Kostenverteilung einsetzen. Die Mietpreise müssten erhöht und es müssten Eintrittsgelder verlangt werden. Das Bad könne in den Sommermonaten geschlossen werden, um weitere Kosten zu sparen, wie dies übrigens auch von der Sportkommission vorgeschlagen worden sei. Die Vermietung des Bades an Schulen von Nachbargemeinden biete ebenfalls eine mögliche Einnahmequelle und würde sicher – entgegen der Zurückhaltung im Bericht – rege benützt, weil Wasserflächen grundsätzlich Mangelware in Bern und Umgebung seien. Sie verzichte hier darauf, auf weitere Punkte des sehr guten Berichts einzugehen, weshalb regelmässiger Schwimmunterricht lebensnotwendig sein könne und weshalb es nicht ausreiche, sich nur auf das Muribad zu beschränken. Wer möchte, dem erkläre sie gerne bilateral, weshalb. Für sie sei klar, dass die hohen Kosten für ein Lehrschwimmbecken auf jeden Fall gerechtfertigt seien, wenn man damit auch nur schon ein Kind vor dem Ertrinken bewahren könne. Sie möchte die Situation, die vor ca. 7 Jahren am Gymnasium entstanden sei, als ein 17-jähriger Schüler in der Aare ertrunken sei, nicht noch einmal erleben. Der Altar in der Eingangshalle und das unterschriebene Kondolenzbuch der Mitschüler und der Lehrkräfte hätten den Jugendlichen nicht mehr lebendig gemacht. Es sei aber erwiesen, dass dies nicht passiert wäre, wenn der Junge besser hätte schwimmen können.

Sie möchte den Gemeinderat dringend bitten, von einer definitiven Schliessung grundsätzlich abzusehen und andere Lösungen zu präsentieren. Solche gebe es nämlich und auch eine Sanierung brauche nicht unbedingt mit allem Luxus durchgeführt zu werden. Namentlich könnte man sich zum Beispiel überlegen, den absenkbaren Boden durch verschiedene Tiefestufen zu ersetzen. Die Hebemechanik sei erwiesenermassen sehr kostenintensiv und reparaturanfällig. Ein weiterer nicht von der Hand zu weisender Punkt sei übrigens auch der Standortvorteil einer Gemeinde mit einem Lehrschwimmbecken. Zufälligerweise fliesse ja auch die Aare durch unsere Gemeinde und wir müssten eine gewisse Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen übernehmen. Die Verantwortung den Eltern zu überlassen, wäre auf diesem Gebiet fahrlässig. Es gebe viele Eltern, die selber schlecht oder gar nicht schwimmen könnten und damit schlichtweg überfordert wären.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er habe alle diesbezüglichen Vorstösse unterschrieben, aus der festen Überzeugung heraus, dass das Lehrschwimmbecken in unserer Gemeinde erhalten bleiben müsse. Er gehe einig damit, dass die Kosten gesenkt werden müssten, es wäre aber ein Armutszeugnis für Muri, wenn man das Lehrschwimmbecken einfach schliessen würde. Dem Bericht sei zu entnehmen, dass die umliegenden Gemeinden ebenfalls über derartige Schwimmbecken verfügten und es würden sich wohl einige Gemeinde fragen, ob Muri nicht einmal ein Lehrschwimmbecken vermöge, wenn wir die Kinder zu ihnen schicken würden. Er habe sodann noch einmal das Blatt "Mittel- und längerfristig beeinflussbare Budgetpositionen" ausgedruckt. Wenn man den Betrieb von anderen Einrichtungen betrachte, so stelle man fest, dass z.B. auch die Gemeindebibliothek CHF 250'000.00 pro Jahr koste und das Bärtschihus ebenfalls CHF 250'000.00 pro Jahr. Der Betrieb des Lehrschwimmbeckens mache CHF 200'000.00 pro Jahr aus. Teuer sei der Unterhalt und die Sanierung des Hubbodens, wofür man – wie Ruth Raaflaub schon ausgeführt habe – eventuell andere Lösungen suchen müsste. Ein Lehrschwimmbecken sei eben nicht ein Renditeobjekt, sondern es handle sich um ein Objekt für die Kohäsion einer Gemeinde; ein Zusammenhalt, hinter dem die Leute stehen würden. Es bilde eine Identifikation mit der Gemeinde und daher sei es wichtig, dass man es weiterhin behalte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Stephan Lack nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion forum-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

7 Motion SP-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl: JA zum Schwimmunterricht!

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Er verweise auf das Votum von Stephan Lack als gemeinderätlicher Sprecher unter Traktandum 6.

Kornelia Hässig erklärt namens der SP-Fraktion, sie schliesse sich den Vorrednern unter Traktandum 6 an und bedanke sich für den ausführlichen Bericht und die vertieften Abklärungen. Die Fakten seien sehr interessant und sie sei überzeugt, dass ein ausgereifter Entscheid gefällt werde, der eben auf Fakten basiere und nicht auf einem Bauchgefühl oder auf blossen Finanzzahlen. Der Gemeinderat habe nun eine gute Ausgangslage und die SP habe die Hoffnung, dass es zu einem guten Ende kommen werde. Sie sei mit der Überweisung einverstanden, nicht aber mit der Abschreibung der Motion, da sie noch nicht wirklich erfüllt sei. Die SP verlange ja, dass der Gemeinderat dafür Sorge, dass die Kinder schwimmen lernten. Man wolle nicht nach dem Prinzip Hoffnung leben; der Gemeinderat habe sich ja eigentlich noch auf gar nichts festgelegt. Der Bericht mit Empfehlungen liege vor, aber sie habe nirgends – und sie habe nochmals alles nachgelesen – ein Statement des Gemeinderats gefunden, mit welchem sie sich einverstanden erklären und sagen könnte: "Ja, so kommt es gut". Man wisse noch nicht, wohin die Reise führe und ob der Gemeinderat unter wirklich gutem Schwimmunterricht etwas Ähnliches verstehe wie sie oder das Parlament. Es würden nur vage Absichtserklärungen vorliegen. Die Marschrichtung sei nach all den Statements im Parlament jetzt wahrscheinlich auch dem Gemeinderat klar. Ihre Haltung sei sehr klar und sei es auch schon immer gewesen und sie denke, diejenige vieler Eltern sei ähnlich; dies würden wohl auch die vielen Briefe

aufzeigen. Sie hülle sich aber trotzdem in Schweigen, da sie gespannt sei, ob noch irgendwelche kreative oder spannende Lösungen zustande kommen würden. Die SP wolle die Motion nicht abschreiben lassen, da sie wirklich zuerst genau wissen möchte, was entschieden werde. Werde die Motion nun abgeschrieben, wisse man nicht, ob man alles erfahre oder ob wieder durch ein Hintertürchen ein Entscheid gefällt werde, in den das Parlament nicht einbezogen werde. Es sei sachlich auch nicht korrekt, da die Antwort ausstehend und nicht klar sei, wohin die Reise dann tatsächlich führe. Der Bericht zeige es eigentlich auf, aber der Gemeinderat habe sich noch nicht festgelegt und noch nicht entschieden. Deshalb stelle die SP den Antrag, die Motion zu überweisen, aber nicht abzuschreiben. Es stecke kein parteipolitisches Kalkül dahinter, dass die SP als einzige hier noch stehen bleibe, sondern es sei sachlich einfach richtig. Zum Schluss möchte sie noch etwas wegen den Gemeindefinanzien sagen: Wenn es so wichtig sei, dass man immer nur die Zahlen betrachte, dann möchte sie beim Prestigeobjekt Spez.Sek., welches ja in unserer Gemeinde so wichtig sei, auch einmal ein sauberes Kosten-/Nutzenverhältnis sehen und ob sich dieses auch wirklich lohne.

Stephan Lack führt aus, darüber werde man dann sprechen, wenn das Geschäft traktandiert sei.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Stephan Lack nicht verlangt.

Beschluss

1. Die Motion SP-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl: JA zum Schwimmunterricht! wird einstimmig überwiesen.
2. Die Motion SP-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl: JA zum Schwimmunterricht! wird mit 23 Ja- und 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.

8 Interpellation FDP/JF-Fraktion zum Betrieb eines Lehrschwimmbeckens

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Er verweise auf das Votum von Stephan Lack als gemeinderätlicher Sprecher unter Traktandum 6.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

9 Postulat Wegmüller (SP) betr. Verkauf Kabelnetz Muri

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle in Ergänzung zur ausführlichen schriftlichen Stellungnahme noch einige Erklärungen abgeben. Ein Verkauf wäre sicherlich lukrativ und würde eine beträchtliche Summe in die Gemeindekasse spülen; die Frage wäre noch, ob in die Gemeindekasse oder in die gbm-Kasse. Beispiele von anderen Gemeinde, die sich von diesen Werken getrennt hätten – die also verkauft hätten –, würden zeigen, dass der Effekt nur sehr kurzlebig gewesen sei und keine Nachhaltigkeit erzielt habe. Entsprechende Reaktionen sowohl bei den Werken als auch bei den Nutzern hätten dies gezeigt. Vergleiche mit anderen Gemeinden hätten aber auch aufgezeigt, dass unser Kabelnetz topaktuell sei, sowohl was die technische Ausgestaltung betreffe, als auch bezüglich Angebot, welches ausgesprochen vielfältig sei. Wie der gemeinderätlichen Antwort zu entnehmen sei, sehe der Gemeinderat aus diesen Gründen sowie aus wirtschaftlichen Überlegungen keinen Anlass, eine Veräusserung zu prüfen oder gar ins Auge zu fassen und entsprechende Massnahmen einzuleiten. Für weitergehende, eher strategisch-technische Auskünfte würden Matthias Prüssing als VR-Präsident der gbm oder André Schneider als Geschäftsführer der gbm zur Verfügung stehen, falls Beat Wegmüller – wovon er ausgehe – noch weitere Fragen habe.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, es sei angebracht gewesen, dass der Gemeinderat die Gemeindebetriebe Muri um eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit ersucht habe. Nur komme er jetzt zu seinem "Aber": Der Gemeinderat könne grundsätzlich den Leistungsauftrag an die Gemeindebetriebe abändern und neu definieren, wenn er dies wolle. Dieser sei nicht in Stein gemeisselt, der Gemeinderat wolle aber nicht. Er wolle nicht einmal ernsthaft den Verkauf prüfen. Dass die Gemeindebetriebe ihr Telecom-Angebot in den höchsten Tönen loben würden, verwundere ihn nicht, dies würde vermutlich jedes Unternehmen machen. Und dass der Verwaltungsrat gemäss der Botschaft aus der Beurteilung der Marktsituation keinen Anlass habe, sich mit der Veräusserung des Telecom-Bereichs zu befassen, verwundere ihn auch nicht, es erstaune ihn höchstens. Dass die gbm noch ausführlich begründen würden, das Telecom-Netz sei für den Betrieb der Wasser- und Erdgasversorgung und die Abwasserentsorgung in Muri von grosser Wichtigkeit, könne doch für einen eventuellen Verkauf nicht massgebend sein. Wie würden es denn die Gemeinden mit ihrer Versorgung machen, die über kein eigenes Telecom-Netzen verfügten? Der Antwort des Gemeinderats könne auch nicht entnommen werden, wie hoch der Anlagewert des Telecom-Netzes sei und welcher Betrag durch einen Verkauf in die Gemeindekasse fliessen würde. Er frage sich, wie es mit der viel gelobten Aufsichtspflicht des Gemeinderats gegenüber den gbm stehe. Er stehe hier in der Verantwortung, nicht die gbm. Dass Verwaltungsräte manchmal Situationen in ihren Unternehmungen mangelhaft einschätzen würden, sei längstens bekannt. Dass der Gemeinderat im Rahmen der ASP den Verkauf des Telecom-Netzes nicht prüfen wolle, sei für ihn unverständlich. Im Rahmen der ASP wolle der Gemeinderat jeden Fünfer umkehren, z.B. den Mahlzeitendienst, die Aufgabenhilfe etc. kritisch überprüfen und hinterfragen, aber in der vorliegenden Angelegenheit wolle er nichts unternehmen. Damit sei für ihn die ASP bereits gescheitert. Er bitte den Rat, der Überweisung des Postulats zuzustimmen, die Abschreibung aber abzulehnen.

Beat Schmitter führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, wenn er sich richtig erinnere, sei es noch nicht lange her, als der Rat bereits einmal über das Kabelfernsehtnetz diskutiert und schon damals beschlossen habe, nichts zu verändern. Er denke, die Argumente seien vom Gemeinderat sauber aufgearbeitet worden. Es gebe nicht mehr viel zu ergänzen; höchstens vielleicht, dass seitens der Postulanten bei anderen Ge-

schäften, bei welchen es irgendwie um einen Verkauf gehe, immer zu hören sei, man sollte das Familiensilber auf keinen Fall verkaufen. Dieses Argument, so scheine ihm, könnte man hier ebenfalls hervorheben. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze das Vorgehen des Gemeinderats und folge dessen Anträgen.

Andrea Corti (FDP) erklärt, in dieser Beziehung müsse man aufpassen, dass man eben nicht das Silber verscherbele, Infrastrukturmittel verkaufe und aus der Hand gebe und dann plötzlich andern ausgeliefert sei, welche die Preise und Leistungen bestimmen würden. Es gehe auch nicht an, dass man Wasserleitungen oder sonstige Leitungsnetze veräussere. Was bei einer Privatisierung passieren könne – dies habe man in England gesehen – sei, dass die Preise ansteigen oder die Leistungen schwächer würden. In unserer Gemeinde würden in Bezug auf das Kabelnetz sehr gute Leistungen geboten – er habe auch schon von Swisscom-Leuten gehört, dass wir ein Super-Angebot hätten – und man dürfe nicht damit anfangen, die Infrastruktur aus der Hand zu geben.

Christian Staub führt aus, er habe noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Postulanten. Er mache darauf aufmerksam, dass die gbm keinen Leistungsauftrag hätten, sondern es sei im Rahmen des Anstaltsreglements definiert, was zu tun und zu lassen sei. Was die Verantwortung des Verwaltungsrats betreffe, so handle es sich nicht um ein Gremium, das zufrieden am Tisch sitze und Daumen drehe, es mache seinen Job gut. Mit der neuen Zusammensetzung seien die Herausforderungen gewaltig grösser geworden. Es werde ernsthaft und vertieft über die Problematiken, die im Rahmen des Auftrags der gbm auftreten würden, diskutiert. Er wolle Matthias Prüssing bitten, zur Art, wie der Verwaltungsrat funktioniere, noch etwas zu sagen. André Schneider könne Ausführungen zu den Leitungen machen, die man heute zur Kontrolle von Gas, Wasser und Abwasser habe. Er wisse von Ittigen, dass dort gewisse Sachen nicht mehr richtig funktioniert hätten. Man habe dafür gesorgt, dass sie wieder funktionierten, die Folge davon sei aber ein Anstieg der Preise gewesen, der Telecom-Bereich sei massiv teurer geworden. Das Volk, welches sehr direkt profitieren können, da die Steuern für einen kurzen Moment gesenkt worden seien, sage heute, es würde dies nicht mehr tun. Dazu komme, dass das Netz nicht à jour gewesen sei, weshalb man es fast veräussern müsse. Bei uns herrsche eine andere Situation, da wir zu unseren Werken schauen, immer wieder investieren und sie à jour halten würden. Deshalb sei eine Veräusserung für den Gemeinderat kein Thema.

Matthias Prüssing, VR-Präsident gbm, führt aus, es sei ihm eine Freude, dass er sich hier kurz vorstellen dürfe. Er sei seit dem 1. Januar 2013 Präsident des Verwaltungsrats der Gemeindebetriebe. Er finde die geführte Diskussion sehr interessant, da es eine strategische Aufgabe des Gremiums – der Verwaltungsrat habe ja die Oberleitung der Gesellschaft – sei, sich immer zu überlegen, was opportun sei, was man mit den einzelnen Netzteilen machen müsse und was nicht. Das oberste Gebot bezüglich aller Ressorts – Wasser, Abwasser, Gas und Telecom – sei, dass die gbm zu Händen der Bürgerinnen und Bürger bestmögliche Dienstleistungen zu bestmöglichen Konditionen anbieten könnten. Dies gelte insbesondere auch für die Telekommunikation. Natürlich werde intern bei den gbm eine Diskussion darüber geführt, was zu tun sei. Ein Verkauf sei etwas, was auch jede Unternehmung überprüfe, wenn ein Geschäftszweig sich nicht so entwickle, wie man das Gefühl habe, dass es opportun wäre. Im Moment bestehe aber überhaupt kein Bedarf – wie schon verschiedentlich erwähnt worden sei –, dass das Telecom-Netz irgendwie zur Disposition gestellt werden sollte. Weshalb? Die gbm hätten einen entscheidenden Vorteil mit dem gut ausgebauten und gut unterhaltenen Netz in der Gemeinde und seien im Moment in der Lage, den Einwohnerinnen und Einwohnern bestmögliche Dienstleistungen anzubieten. Dabei handle es sich um etwas, was ständig überprüft werde. Sollten die gbm einmal nicht mehr konkurrenzfähig sein, werde sicher darüber dis-

kutiert, was dies bedeute. Momentan würden aber nach wie vor Wachstumsraten bestehen – auch wenn diese etwas abflachen würden – und man sei der Meinung, dass die angebotenen Dienstleistungen den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde einen grossen Nutzen bringen würden. Bei einem Verkauf würde das Tafelsilber verscherbelt und gerade im Infrastrukturbereich sollte man diesbezüglich sehr vorsichtig sein. Alle Gebührenzahlenden sollten entsprechende Dienstleistungen erhalten, deshalb würden die gbm zum jetzigen Zeitpunkt keinen Bedarf sehen, ein so gut funktionierendes Netz – in welches auch weiterhin investiert werde, um im sich zunehmend verschärfenden Konkurrenzkampf mithalten zu können – zu veräussern. Ein entscheidender Vorteil gegenüber grossen Playern wie Swisscom oder Cablecom sei, dass die gbm vor Ort für die Einwohnerinnen und Einwohner da seien. Man könne sie unterstützen und beraten, habe Leute, die in die Haushalte gehen und Probleme bearbeiten und beheben könnten. Dabei handle es sich um einen entscheidenden Vorteil, der sogar noch weiter ausgebaut werde, damit die Bevölkerung von Muri über hochstehende Dienstleistungen verfüge. Dies habe er im Moment aus strategischer Sicht zu diesem Punkt ausführen wollen.

André Schneider, Geschäftsführer gbm, erklärt, er wolle kurz etwas zur Verbindung der Kommunikation sagen. Es handle sich um ein Querverbandsunternehmen und deshalb mache man das. Es gehe darum, mit den verschiedenen zur Verfügung stehenden Mitteln das Synergiepotenzial auszunutzen. Er habe die Stellungnahme verfasst bzw. mitverfasst und es sei klar, dass das Kommunikationsnetz einerseits primär für die Telecom – Unterhaltung, Internetzugang – da sei, es werde aber die genau gleiche Infrastruktur gebraucht, um das Wassernetz zu steuern. Wenn man kosten- und pumpenleistungsoptimiert "fahren" wolle, müsse man über entsprechende Kennzahlen verfügen. Dafür müsse ein Leitsystem in Betrieb genommen werden, wofür ebenfalls Daten benötigt würden, die über diese Plattform erfasst würden. Der grosse Vorteil sei, dass die Gemeindebetriebe vor Ort seien und dies selber und zu Selbstkosten machen könnten, ansonsten müsste dies zwingend bei Dritten eingekauft werden. Wasserversorgungen, die nicht über ein eigenes Kommunikationsnetz verfügen würden, müssten diese Leistungen also bei Dritten einkaufen. Bei Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb, den Kosten oder über weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Telecom-Bereich stehe er gerne für Auskünfte zur Verfügung. Über die Webseite der gbm finde man eine E-Mail-Adresse und könne sich bei ihm melden. Er sei auch gerne bereit, wenn sich jemand wirklich für das Thema interessiere, nähere Auskünfte zu erteilen.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, es gehe nicht darum, die Wasserversorgung zu verscherbeln. Es sei ganz klar, dass die Wasser-/Abwasserversorgung eine Gemeindeaufgabe sei. Aber ein Telecom-Netz sei nicht eine Hauptaufgabe der Gemeinde. Er sei erstaunt, dass die FDP, die immer für den Markt plädiere, hier ausgerechnet nicht den Markt spielen lassen wolle. Er wolle sich noch "outen": Er habe den Telecom-Anschluss der gbm in seiner Wohnung plombieren lassen.

Beschluss

1. Das Postulat Wegmüller (SP) betr. Verkauf Kabelnetz Muri wird mit 30 Ja- und 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.
2. Das Postulat Wegmüller (SP) betr. Verkauf Kabelnetz Muri wird mit 28 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschlossen.

10 **Interpellation FDP/JF-Fraktion zu den Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Mettlenquartier**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, es handle sich wirklich nicht um ein Prachtswerk, welches dort erstellt worden sei; dies wüssten wohl inzwischen alle. Im Rahmen der Leitungssanierung in der Pourtalèsstrasse würden die Verkehrsinseln eliminiert. Es werde nach einer Lösung gesucht und wahrscheinlich werde dort gar nichts mehr angebracht. Die Strasse sollte dann wieder so befahrbar sein, wie dies die Verkehrsteilnehmer als bestens erachten würden. Man gehe aber auch davon aus, dass das Problem, das in diesem Bereich bestehe – nämlich die Einhaltung von Tempo 30 –, dadurch nicht eliminiert, sondern eher erhöht werde. Man werde entsprechende Massnahmen ergreifen und die Geschwindigkeitskontrollen dort sicher intensivieren. Er hoffe, dass damit ein Ende mit Schrecken geschaffen und das Thema vom Tisch sei.

Der Vorsitzende erklärt, er wäre bereit, dem armen Ahornbäumchen in seinem Garten Asyl zu gewähren, wenn es darum ginge, dieses vor dem Fällen zu retten.

Jsabelle Gossweiler (FDP) führt aus, sie danke dem Gemeinderat dafür, dass er offen für Kritik und so flexibel gewesen sei, die Tatsachen, die sich nicht wirklich als lebbar oder sprich fahrbar erwiesen hätten, noch einmal zu überdenken.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

11 **Informationen des Gemeinderats**

Finanzverwalter

Thomas Hanke informiert, der Gemeinderat habe die Nachfolgeregelung des Finanzverwalters gelöst. Auf 1. August 2014 werde Reto Rutschi als neuer Finanzverwalter seine Stelle antreten. Das Leben sei zwischendurch lustig: Reto Rutschi sei der Hauptrevisor des ROD, der bisher die Gemeinde Muri revidiert habe. Er habe sich entschieden, von einer Überprüfungstätigkeit wieder zu einer operativen Tätigkeit zu wechseln. Er schätze sich glücklich, mit Reto Rutschi eine sehr kompetente Person in seinen Reihen zu wissen.

Schulen

Stephan Lack erklärt, es müssten leider aufgrund der Schülerzahlen zwei Klassen geschlossen werden. Dies betreffe eine Mehrjahrgangsklasse im Moos und eine 7. Klasse im Seidenberg. Die Schülerzahlen seien dort nicht ausreichend gewesen. Der Klassenschnitt betrage im Moos neu ca. 18 1/2 Schüler und im Seidenberg ca. 20 1/2, was innerhalb der vom Regierungsrat vorgeschriebenen Toleranz liege (zwischen 16 und 26 Schüler). Hingegen würden einerseits die Kleinen, die Kindergartenschüler, "boomen". Andererseits wisse man natürlich auch, dass mit REVOS 2012 – der Integration des Kindergartens in die Volksschule und dem obligatorischen zweiten Kindergartenjahr – die Schülerzahlen in den nächsten zwei, drei Jahren ansteigen würden. Was nun passiere? Man sei damit heftig konfrontiert worden; Lisa Nyfeler sei im Saal anwesend. Es werde nun eine zusätzliche Klasse im Aebnit eröffnet. Man könne sich dies kaum vorstellen, aber das Schulhaus Aebnit und vor allem auch die Kindergartenleitung würden dies ermöglichen.

Parkplatz Wehrliu

Christian Staub informiert, die Arbeiten zur Sanierung des Platzes hätten begonnen. Zum Thema Ticketautomat oder Schranke – oder was auch immer für das Gebühreninkasso – werde sich der Gemeinderat in einem späteren Entscheid aufgrund eines Antrags der Verwaltung äussern. Im Moment sei es so, dass alle Lösungen möglich wären. Die Leitungen würden in den Boden verlegt, dies sei innerhalb des gleichen Preises so vorgesehen. Wenn man sich also zu einem späteren Zeitpunkt für Schranken aussprechen würde, müsste man nicht den Belag entfernen und Leitungen legen. Der Ticketautomat werde dieses Jahr noch in Betrieb sein, momentan werde keine Schranke erstellt. Der Gemeinderat werde wie erwähnt im Laufe des Sommers entscheiden, welches System er für das Parkplatzgebühreninkasso wählen werde.

12 **Neue parlamentarische Vorstösse**

Motion FDP / jf-Fraktion: Richtplan Verkehr umfassend aktualisieren

Der Gemeinderat wird beauftragt, so rasch als möglich den behördenverbindlichen Richtplan Verkehr umfassend und in Abstimmung mit der künftigen Siedlungsentwicklung zu revidieren bzw. zu aktualisieren und in der Folge dem Gemeindeparlament zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

In der Vergangenheit hat sich mehrmals gezeigt, dass das Thema Verkehr in der Gemeinde Muri b. Bern – vor allem auch im Zusammenhang mit der (geplanten) Siedlungsentwicklung bzw. entsprechenden (grösseren) Bauvorhaben – als äusserst sensibel wahrgenommen wird und vielfach sogar polarisiert. Deshalb scheint es den Motionären angezeigt, dass der in die Jahre gekommene behördenverbindliche Richtplan Verkehr unter Einbezug wesentlicher neuer Erkenntnisse wie z.B. aus dem Masterplan Verkehr oder aus dem Gutachten zur Verkehrssituation rund um den Neubau einer Ballsporthalle auf dem Moos-Areal umfassend revidiert und aktualisiert wird. Ein besonderes Gewicht sollte dabei auf die Abstimmung mit der künftigen Siedlungsentwicklung gelegt werden.

18. März 2014

Beat Schmitter

F. Burkhard, P. Kneubühler, A. Bärtschi, J. Gossweiler, A. Corti, D. Arn, M. Bärtschi, J. Aebersold, M. Kästli, R. Raaflaub, A. Damke, H. Treier, Ch. Spycher, M. Häusermann, W. Thut, M. Reimers, Ch. Grubwinkler, R. Sigrist, B. Schneider, M. Gubler, E. Mallepell, F. Schwander, A. Lüthi, B. Wegmüller, B. Marti, Y. Brügger (27)

Mitteilungen

Der Vorsitzende orientiert, er komme nun zu den Verabschiedungen, zuerst im Parlament mit Kornelia Hässig, für die es heute ihre letzte Sitzung gewesen sei. Er erteile Beat Wegmüller für eine kurze Laudatio das Wort.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, Kornelia Hässig habe gewünscht, dass die Verabschiedung kurz und schmerzlos passiere. Aus diesem Grund mache er es auch sehr kurz. Der Rat habe Kornelia Hässig erlebt, wie sie zuerst im Gemeinderat und anschliessend im Parlament politisiert habe: Natürlich, engagiert und mit viel Herzblut. Sie sei sozusagen das energiepolitische

Gewissen von Muri gewesen. Als Dank erhalte sie für ihren neuen Garten in Zollikofen eine Solarlaterne. Er bedanke sich namens der Fraktion, wünsche ihr alles Gute mit ihrer Familie in Zollikofen und sage: "Tschou Kornelia".

Kornelia Hässig (SP) führt aus, sie blicke auf ein spannendes Jahr zurück, das sie noch im Parlament habe verbringen dürfen, nachdem sie aus dem Gemeinderat zurückgetreten sei. Sie habe dies nie als einen Abstieg empfunden, auch wenn gewisse Leute zu ihr gesagt hätten: "Was, du gehst nun zurück ins Parlament". Für sie sei Politik keine Hierarchie, sondern etwas für Leute, die sich engagieren möchten und das Einkommen hätten, um sich zu engagieren. Man habe dann halt etwas weniger oder mehr Einfluss. Sie habe geschätzt, dass der Zeitaufwand kleiner geworden sei, das andere Amt sei etwas aufwändiger gewesen. Ebenfalls geschätzt habe sie, dass man in einem Team arbeiten könne und nicht mehr oder weniger als Einzelkämpferin. Sie gehe nicht, weil es ihr nicht mehr gefalle, sondern ihre Familie habe wie gesagt ein Eigenheim gekauft. Sie freue sich auch darüber, dass sie nun in einer Energiestadt lebe. Wir seien zwar umrandet von Energiestädten, sie habe es leider nie geschafft, dass wir auch eine geworden seien. Sie lade alle herzlich ein, wenn sie einmal in der Nähe in Zollikofen seien, ihr spontan einen Besuch abzustatten. Sie hätten das Haus energetisch saniert; nun sei es eben fertig, weshalb sie umziehen würden. Man könne sich dann davon überzeugen, dass sie nicht nur predige und fordere, sondern selber auch handle und ihren Anteil zur Energiewende beitrage. Zusammen mit Pia Aeschmann, die natürlich auf viel mehr Jahre in der Politik zurückblicke als sie, möchte sie anschliessend zu einem Schlummertrunk einladen. Sie wünsche allen alles Gute.

Der Vorsitzende führt aus, Pia Aeschmann sei gerade angesprochen worden. Sie sei das letzte Mal als Vertreterin des Gemeinderats anwesend. Sie werde offiziell im Rahmen des Gemeinderats verabschiedet. Hier im GGR werde sie nun durch Beat Marti aber auch noch kurz verabschiedet.

Beat Marti (forum) erklärt, Pia Aeschmann verlasse den Gemeinderat Ende Monat. Sie habe ihre Gründe dargelegt und das forum könne diese sowohl verstehen als auch respektieren. Mit dem Abgang von Pia Aeschmann verliere das forum nicht nur eine allseits geschätzte Gemeinderätin, sondern vielmehr für alle ein Vorbild. Pia Aeschmann habe vorgelebt, wie ihr Verständnis von Politik und Verantwortung sei. Unermüdlich habe sie sich in ihre Dossiers vertieft und sich mit der Materie auseinandergesetzt. Er habe immer wieder gestaunt, wenn manchmal noch Nachrichten zu interessanten oder brennenden Themen eingelangt seien, wenn längst alle anderen unter den Decken gelegen und schöne Träume geträumt hätten. Er verzichte bewusst darauf, länger und vertiefter auf den politischen Werdegang von Pia Aeschmann einzugehen; dies würde den Rahmen einer kurzen Würdigung sprengen. Für ihn sei Pia Aeschmann mit ihrer Einstellung und Hartnäckigkeit immer ein Vorbild gewesen und werde es auch bleiben. Das forum bedanke sich bei ihr heute schon mal mit einem Blumenstrauss für ihre Leistungen für die Gemeinde und wünsche ihr für die Zukunft das Allerbeste. An die Adresse von Martin Häusermann: Pia Aeschmann habe die Latte hoch gelegt, aber er sei überzeugt, dass Martin Häusermann das Niveau ebenfalls erreichen werde. Er wünsche ihm viel Glück.

Pia Aeschmann führt aus, sie gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge; es habe sich um einen Vernunftentscheid gehandelt. Vor 13 Jahren sei sie zur Politik gekommen, gleichzeitig ins forum eingetreten, zu jenen Leuten, die sie x-mal beknielt hätten, sich auf die Liste setzen zu lassen, sie würde ohnehin nicht gewählt. Es sei anders gekommen, d.h. sie sei in die Politik gekommen, quasi ins forum und in den GGR. Der GGR und das forum hätten sie in den letzten 13 Jahren und dann auch der Gemeinderat in den letzten 5 Jahren sehr geprägt. Hier herrsche eine Gemeindegkultur, in der man einander zuhöre, zusammen spreche, nach Lösungen suche, die die Gemeinde weiterbringen würden. Dies habe sie, ihre Kultur und ihre Politik auch geprägt. Sie gehe mit einem lachenden Auge, lachend, weil sie immer sie selbst habe sein können und sie habe ihrer Familie und allen darum herum gesagt, man könne eine echte, wahre, ehrliche Politik machen. Nach 13 Jahren könne sie sagen sie sei ehrlich, offen, transparent gewesen und habe sich so einbringen können. Dies aber auch nur dank der An-

wesenden. Sie hätten grosses Verständnis und offene Ohren gehabt, wenn sie gekommen sei. Sie sei eine Hartnäckige gewesen, sei immer mit Fragen gekommen. Dies habe auch der Gemeinderat gespürt, sie sei keine Bequeme gewesen. Der Gemeinderat freue sich sicherlich auf Martin Häusermann; dieser habe zwar etwas mehr Ecken und Kanten und nicht so viele Rundungen wie sie. Sie wolle aber auch dem Parlament danken; sie habe die kritische Haltung immer sehr geschätzt, sei sie doch selber auch eine Kritische. Sie möchte dem Rat für die Zukunft wünschen, dass er Sorge zu der in der Gemeinde herrschenden Kultur tragen möge. Vor allem solle er kritisch bleiben, auch dem Gemeinderat gegenüber. Sie danke allen und lade zusammen mit Kornelia Hässig anschliessend in den Mattenhof zu Speis und Trank ein.

Der Vorsitzende erklärt, die dritte und letzte Verabschiedung sei die schmerzloseste, da Martin Häusermann den Rat nicht nur verlasse, sondern ihm auch erhalten bleibe. Er verlasse den Saal als Parlamentarier, bleibe ihm aber am Tisch des Gemeinderats erhalten. Er sage deshalb: "Tschüss und willkommen".

Der Vorsitzende informiert weiter, die GGR-Sitzung vom 29. April 2014 falle aus, wie den Ratsmitgliedern bereits mitgeteilt worden sei.

Im Weiteren mache er darauf aufmerksam, dass es an der kommenden Gewerbeausstellung eine Politbar haben werde. Diejenigen, die unbedingt mitmachen möchten, könnten sich bei Martin Häusermann noch melden; zwischen Mitternacht und 02.00 Uhr morgens habe es noch Lücken. Es handle sich um eine gute und lustige Sache.

Ruth Raaflaub habe ihn sodann ersucht, die Anwesenden darauf aufmerksam zu machen, dass demnächst Anmeldeschluss für den Grand-Prix von Bern sei. Sie habe sich auch zur Verfügung gestellt, für jede Parlamentarierin und jeden Parlamentarier einen individuellen Trainingsplan zusammenzustellen.

An dieser Stelle möchte er zudem an die Tradition erinnern, dass sich die GGR-Mitglieder im Anschluss an die Sitzung zu einem Mineralwasser o.ä. im Mattenhof treffen würden. Es wäre schön, wenn sich mehr als nur eine Handvoll dort einfinden würde, insbesondere auch, da man heute ja sogar noch von den grosszügigen Spenderinnen eingeladen sei.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Martin Humm

Anni Koch